



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Bericht zum Konflikt zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Naturschutzverbänden zum Weiterbau der A20**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 18. Tagung des Landtags mündlich zu den Vorwürfen der Naturschutzverbände gegenüber dem Verkehrsministerium und der DEGES, rechtswidrige Bauarbeiten zum Weiterbau der A20 bei Bad Bramstedt begonnen zu haben, zu berichten.

Folgende Fragestellungen sind in dem mündlichen Bericht zu berücksichtigen:

- Auf welcher Grundlage kam der Staatssekretär zu der Auslegung, dass lediglich Abbrucharbeiten vorgenommen wurden?
- Auf welcher Grundlage kam der Minister zu der Veranlassung eines Baustopps und zu der Auffassung, dass die „tatkraftige DEGES mit den Planierarbeiten übers Ziel hinausgeschossen“ sei?
- War die Ausführung der angeordneten Bauarbeiten mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. November 2018 verhängten Baustopp für den vierten A20-Abschnitt verhältnismäßig?
- Welche Bauarbeiten zur Verlegung der Kreisstraße K81 wurden veranlasst?
- Wer hat die Bauarbeiten an der Kreisstraße K81 veranlasst?
- Welche Baumaßnahmen wurden seit der Urteilsverkündung des Bundesverwaltungsgerichts an der K81 vorgenommen?
- Sind weitere vorbereitende Maßnahmen für den Bau der A20 im 4. Bauabschnitt geplant und in welchem Zeitfenster?
- Wie ist der Stand der Gespräche mit den Naturschutzverbänden?

- Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, um den Konflikt mit den Naturschutzverbänden beizulegen und einer Aufkündigung der Gespräche entgegenzuwirken?

Kai Vogel  
und Fraktion